

Bericht BUKO Bündnis 13.7.2010 (Auszug)

Bericht vom Treffen der Bundeskoordination des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ am 13.7.2010 in Kassel

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

am Dienstag, den 13. Juli, hat sich die Bundeskoordination des Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ getroffen.

Anwesend waren insgesamt 20 TeilnehmerInnen. Vertreten waren: Linksfraktion im Bundestag, Bundesverband der Migrantinnen, DIDF, Kasseler Bündnis, SAV, NRW-Bündnis, ver.di Stuttgart, Partei Die Linke BaWü, Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Attac Frankfurt a. M., isl, ver.di Berlin, Attac-KoKreis, Friedens- und Zukunftswerkstatt, Berliner Bündnis, BAG Prekäre Lebenslagen.

Ziel des Treffens war es, sich auf weitere Aktivitäten im zweiten Halbjahr gegen das Sparpaket zu verständigen. Und so weit vorweg: Es wird von der Bundeskoordination eine Art „Aufruf für einen Heißen Herbst“ (Arbeitstitel) geben, der den Bogen spannt von Aktivitäten rund um den 29.9. (Europäischer Aktionstag) über eine Beteiligung an den gewerkschaftlichen Aktivitäten Oktober/November bis hin zu einem Tag X, einer „Blockade des Sparpakets“ Ende November. Dieser Aufruf soll noch im Sommer verbreitet werden, genaueres dazu siehe unten.

1. Auswertung 12. Juni-Demonstrationen

Die Demonstrationen in Stuttgart und Berlin wurden als Erfolg gewertet.

Bei der Auswertungsdiskussion zu den Demos in Berlin und Stuttgart gab es vor allem Diskussionsbedarf zu der Stuttgarter Abschlusskundgebung, bei der ein SPD-Mitglied und Anhänger von Stuttgart 21 geredet hat und dafür mit Eiern beworfen wurde.

XX (Stuttgart) berichtete über die Probleme, die das Stuttgarter Bündnis in der Zusammenarbeit mit Teilen der Gewerkschaftsführung hatte und wie es dazu kam, dass die so genannten Oppositionsparteien, also auch SPD und Grüne, bei der Abschlusskundgebung reden durften. Insgesamt wurde die Demonstration aber als sehr links und lebendig beschrieben. Die Abschlusskundgebung habe das nur bedingt widerspiegelt.

Verabredet wurde, dass das Stuttgarter Bündnis seine Stellungnahme zu dem Vorfall rumschickt, um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren. Es gab auch eine kurze Diskussion über die Vorfälle in Berlin. Hier ging es zunächst um die Frage, wie man zukünftige Demonstrationen besser schützen und Polizeiübergriffe verhindern kann, zum anderen wie politisch mit dem Druck (Spaltung usw.) auf die Demos in Berlin umgegangen werden kann.

Das Berliner Bündnis hat insgesamt drei Pressemitteilungen zu diesem Thema veröffentlicht, diese sind alle unter <http://kapitalismuskrise.org/> nachzulesen.

2. Verabredung über weitere Aktivitäten

Nach einem Stimmungsbild aus den Orten und von den verschiedenen Organisationen haben wir zunächst eine Fülle von Terminen und Themen gesammelt, die alle in der zweiten Jahreshälfte anstehen (erste, sicher nicht vollständige Terminliste hängt an).

Neben dem Sparpaket wurden als Themen u. a. die Rente mit 67, Hartz IV, Kopfpauschale, die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes und die Verlängerung der AKW-Laufzeiten bzw. der Anti-Castor-Protest genannt.

Hauptdiskussionen waren, ob wir zu einer bundesweiten Demo in Berlin aufrufen, wie wir uns zu den Mobilisierungen am 13.11. verhalten und wie wir nach dem Herbst weitermachen.

Nach einer konstruktiven Diskussion haben wir uns darauf geeinigt, dass wir uns auf die Themen rund um das Sparpaket konzentrieren wollen. Gleichzeitig haben wir festgehalten, dass wir – auch wenn die Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich nicht mobilisieren – die erste Lesung im September nicht ignorieren können.

Wir haben folgende Verabredungen getroffen:

1. Wir rufen dazu auf, um den europäischen Aktionstag am 29.9. herum dezentrale Aktionstage zu organisieren. Dazu könnte gehören, dass die KollegInnen aus NRW nach Brüssel mobilisieren, Attac bundesweit aber an verschiedenen Orten symbolische Bankenbesetzungen durchführen, das Kasseler Bündnis sich am 30.9. einem Jugendprotesttag anschließen und die Berliner eine „dezentrale Demo von zentraler Bedeutung“ am 2.10. organisieren. Die Ausgestaltung der Protesttage wird in den jeweiligen Gruppen/lokalen Bündnissen besprochen.

2. Wir unterstützen **die gewerkschaftlichen Herbstaktionen in den Wochen 24.10. bis 13.11.** (mit Demonstrationen an verschiedenen Orten der Republik)

3. Wir rufen für den **Tag X, also die dritte Lesung mit der Verabschiedung des Haushalts, zu einer „Blockade des Sparpakets“** in Berlin auf. In welcher Form und wann das stattfinden könnte, soll noch geklärt werden.

4. Wir streben eine Aktionskonferenz nach den Protesten an einem Wochenende an (z. B. wenn der Tag X auf einen Freitag fällt, für Samstag/Sonntag direkt danach in Berlin). Thema: Wie weiter mit dem Widerstand gegen das Sparpaket, die Kopfpauschale etc.?

Nach wie vor ist die „BuKo Krisenproteste“ eine prinzipiell offene Gruppe, bei Vertreter/innen von lokalen Bündnissen und Organisationen teilnehmen sollen und können. Die Gruppen klären intern, wer (verbindliche) Vertreter/in in der BuKo sein möchte.